

Ein jeglicher Populist hat seine Zeit

Die Strategien des politischen Establishments gleichen sich auf erschütternde Weise: In Rom beherrscht man seit zweitausend Jahren die Kunst, den Konsens der Anständigen zu inszenieren.

Zwei Typen von Politikern gebe es, schäumt der Strafverteidiger. Die einen seien anständig und bei Sinnen; ihr Handeln bestimmt von Pflichtgefühl, von Streben nach Konsens, Verantwortung für das Gemeinwesen, Bedachtsamkeit. „Gäbe es sie nicht, könnten wir einpacken.“ Diesen Lichtgestalten stehe eine zweite, geradezu gemeingefährliche Gruppe gewissenloser Machtmenschen gegenüber: allesamt moralisch verkommene, krankhaft ehrgeizige Zeitgenossen, denen man den Staat auf keinen Fall anvertrauen dürfe. Abschaum eben. Politische Rattenfänger: „Was immer sie sagen und was immer sie tun, soll der breiten Masse gefallen.“ Für den zornigen Anwalt teilt sich die politische Klasse in solche, die als „hervorragende Leute“ gelten wollten und es auch seien – und „Demagogen“.

Diese Worte fielen vor mehr als zweitausend Jahren vor einem römischen Gericht. Der Anwalt, ein Star seiner Zunft, war Marcus Tullius Cicero. Er war nicht nur ein gefeierter Redner, der mit seiner Silberzunge so manchen Prozess entschied, sondern auch selbst aktiver Politiker. Im Jahr 63 vor Christus hatte er das höchste Staatsamt bekleidet und als Konsul die Staatsstreichpläne eines Mannes aufgedeckt, der in seine Kategorie der krankhaft Ehrgeizigen fiel. Catilina hatte nach zwei gescheiterten Anläufen, sich zum Konsul wählen zu lassen, vor den Trümmern seiner Karriere gestanden und, gemeinsam mit Gleichgesinnten, Zuflucht zur Gewalt gesucht. Cicero hatte die Verschwörung aufgedeckt und die Putschisten ihrer Strafe zugeführt.

Damit, dass er römische Bürger ohne ordentliches Verfahren dem Henker überantwortet hatte, hatte sich Cicero mächtige Feinde geschaffen. Einer von ihnen, Publius Clodius, hatte dafür gesorgt, dass ein Mob sein Haus niederbrannte, sein Besitz konfisziert wurde und der Ex-Konsul für mehrere Monate nach Griechenland ins Exil gehen musste. Der Volkstribun Publius Sestius gehörte zu denen, sie sich 57 vor Christus für Ciceros Rückkehr starkmachten. Darüber geriet er mit Clodius und seinen Verbündeten in Streit, der eskalierte. Vor Gericht gestellt, wurde Sestius von Cicero verteidigt und freigesprochen.

Der Demagogievorwurf zielte natürlich auf Ciceros Intimfeind Clodius und dessen politische Bundesgenossen, die mit einer volksfreundlichen Agenda viele Anhänger in der Hauptstadt gewonnen hatten. Schließlich war es Clodius gewesen, der als Volkstribun bereits 59 vor Christus durchgesetzt hatte, dass jeder Römer in der Hauptstadt einmal pro Monat eine kostenlose Getreideration erhielt – angesichts Hunderttausender Bürger, die unter dem Existenzminimum vegetierten, ein zugkräftiges Argument bei Wahlen und Abstimmungen. Clodius, der eigentlich Claudius hieß und der römischen Hocharistokratie entstammte, pflegte ein volkstümliches Image und hatte sich sogar pro forma von einem Plebejer adoptieren lassen, um überhaupt für das Volktribunat kandidieren zu können.

Aus seinen Parteigängern hatte der ehrgeizige Nachwuchspolitiker paramilitärische Schlägertrupps gebildet, mit denen er das gegnerische Lager tyrannisierte. Vor allem hatte er einen mächtigen Bundesgenossen: Caesar, der in Gallien eine Unterwerfungs- und Vernichtungsfeldzug führte und Clodius benutzte, um seine eigenen Gegner in Schach zu halten.

Cicero entwirft in seiner Rede für Sestius eine regelrechte Anatomie des demagogischen Politikers, des *popularis*: Seinem Charakter nach aufrührerisch, unruhig und selbstsüchtig, handelt er stets völlig skrupellos. Ohne zu zögern, ergreift er jede sich bietende Chance mit gnadenloser Effizienz. Kein Mittel ist ihm zu schmutzig, wenn es gilt, die Herzen der Volksmenge zu erobern. Wahlen gewinnt er vorzugsweise durch Bestechung und Hetzreden. Er ist sich der Leichtgläubig-

keit der breiten Masse ebenso bewusst wie der Manipulierbarkeit von Wahlen. Der Demagoge spaltet und sät Hass. Kurzum: Auf nichts weniger als den Umsturz von Recht und Gesetzlichkeit sinnt er. So groß ist die Zahl der Demagogen und so bedrohlich ihr Einfluss, dass es einer gemeinsamen Kraftanstrengung der Anständigen bedarf, die „mit all ihrer Tüchtigkeit und Umsicht“ dafür Sorge zu tragen haben, dass die Ordnung erhalten bleibe und das Land „auf Kurs bleibt“.

Markige Sätze fürwahr, die Cicero seinen Gegnern hier entgegenschleudert. Ein ganzes Politikerleben lang setzte sich der intellektuelle Kopf des römisch-republikanischen Establishments für die Ordnung ein, in der er seinen kometenhaften Aufstieg vom Sohn eines Mitglieds der Provinznotabeln aus dem Landstädtchen Arpinum zum Retter des Staates absolviert hatte.

Und die Sache war längst noch nicht erledigt: Der amerikanische Historiker Barry Strauss hat die Ahnenreihe der römischen Demagogen, von den Gracchen bis zu Caesar, als „Protopopulisten“ bezeichnet. Tatsächlich sind die Parallelen zwischen dem antiken *popularis* und dem modernen Populisten frappierend: Beide gehören selbst der Elite an, gegen deren Kartellherrschaft sie rebellieren; für beide ist die Welle der Wut, auf der sie reiten und die sie zugleich anheizen, in erster Linie Mittel zum Zweck. Ein Gracchus wie ein Trump verletzen kalkulierend die Regeln des politischen Wettbewerbs und inszenieren sich mit Bedacht als Außenseiter.

Ebenso rationalem Kalkül entspringt die Entscheidung der Wähler für die Populisten: In einem System, das weder sie noch ihre Belange überhaupt wahrnimmt, ist Protestwahl der für sie einzig gangbare Weg, um auf sich und ihre Nöte aufmerksam zu machen. Demagogen und Wutbürger verbindet das gemeinsame Interesse an der Sprengung des Kartells. Für die einen wird so erst der Weg nach ganz oben frei; die anderen profitieren als politische Marktteilnehmer von der Belebung der Konkurrenz.

Auch die Strategien des politischen Establishments der Gegenwart erinnern auf geradezu erschütternde Weise an jene der Nobilität. Das etablierte Parteiensystem ist längst zum Kartell erstarrt. In den Vereinigten Staaten haben, wie in Rom, politische Familienbetriebe wie die Bushs und die Clintons den Staat zur Beute ihrer Dynastien gemacht. Das Handeln solcher Eliten ist, bei aller inneren Rivalität, auf strikte Unterbindung jeder echten Konkurrenz gerichtet. Dazu wird der eigenen Politik das Etikett der „Alternativlosigkeit“ angehängt, dem Gegner außerhalb des Kartells und seinen Positionen jegliche politische Daseinsberechtigung abgesprochen.

Um keine Risse im Kartell offenbar werden zu lassen, wird das schiere Vorhandensein der Probleme geleugnet, welche die Bürger in Rage versetzen. Durch Vereinnahmung oder willkürliche Ausmünzung positiv assoziierter Begriffe („Toleranz“, „Integration“, „Inklusion“, „Vielfalt“, „Willkommenskultur“) gerieren sich die Kartell-Politiker als einzig legitime Vollstrecker des gesamtgesellschaftlichen Konsenses. Die gleiche bipolare Diktion bemühte vor zweitausend Jahren Cicero, wenn er sich als Hohepriester des von ihm beschworenen „Konsenses aller Anständigen“ (*consensus omnium bonorum*) feierte.

Doch die römische Republik lehrt: Von der Diffamierung derjenigen, die sich dem vermeintlich universellen Konsens verweigern („Pack“, „Dunkeldeutschland“), profitieren am Ende nur die Populisten. Realitätsverweigerung und Abgehobenheit der politischen Klasse zersetzen ihre Autorität und Legitimität; sie öffnen Räume, in denen sich Populisten ungehindert entfalten können. Die Rationalität von Protestwahl zu unterschätzen kann ein tödlicher Fehler sein. Spannungen schaukeln sich auf, bis die Systemfrage im Raum steht.

Die Agonie der römischen Republik war keine „Krise ohne Alternative“, wie Christian Meier meinte. Eine Alternative gab es sehr wohl. Wenn die Exponenten der Nobilität, anstatt Sachfragen konsequent aus dem politischen Raum zu verbannen, sich der Probleme angenommen und eine echte Debatte über die Lösung der Probleme zugelassen hätten, dann hätte die Republik eine Chance gehabt. So hatte sie es nicht. Nach Caesar kam Augustus. Er formte die Republik zur Monarchie um. Unter der es, das sei nur am Rande bemerkt, den meisten Menschen zwischen Atlantik und Euphrat besser ging als zuvor in der Republik. MICHAEL SOMMER

Der Autor, Jahrgang 1970, lehrt Alte Geschichte an der Carl-von-Ossietzky-Universität in Oldenburg.